

Bedeutendstes Dokument in der Geschichte der Kulturpolitik

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«



Prof. Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages, Essen

Als die Mitglieder der Enquete-Kommission im Dezember 2007 dem Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert den Enquete-Bericht überreichen konnten, war dies ein sehr emotionaler Moment. Annähernd 500 Handlungsempfehlungen, die bis auf wenige Ausnahmen einstimmig beschlossen worden waren, fast 500 Seiten Bundestagsdrucksache, eine Arbeit die sich über zwei Legislaturperioden mit einem historischen Regierungswechsel von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb erstreckte, eine Vielzahl von Gutachten und ergänzenden Schriftstücken und vieles andere mehr lagen hinter der Kommissionsarbeit. Und es hieß Abschied nehmen von einer Zusammenarbeit in der Kommission und von einem Team, aus dem manch bis heute bestehender Austausch, ja Freundschaft hervorgegangen ist. Mehr als vier Jahre zuvor erschien die Herausforderung, die »Kultur in Deutschland« umfassend darzustellen, fast unlösbar. Doch die Gesamthematik wurde schon 2003 während zweier Klausursitzungen in eine Struktur gebracht, die nach der Atempause zwischen den beiden Legislaturperioden neu gefasst und in acht Kapitel eingeteilt worden war. Diese Struktur soll wegen ihrer hohen Relevanz noch einmal in Erinnerung gerufen werden:

- Bedeutung von Kunst und Kultur für Individuum und Gesellschaft
- Kultur als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe
- Die öffentliche und private Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur – Strukturwandel
- Die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler
- Kultur- und Kreativwirtschaft
- Kulturelle Bildung
- Kultur in Europa – Kultur im Kontext der Globalisierung
- Kulturstatistik in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union

Die Kulturpolitische Gesellschaft hat ebenso wie der Deutsche Kulturrat in seinen Mitgliedsverbänden mit Gutachten, Diskussionen, Veranstaltungen und Publikationen wesentliche Grundlagen für die Arbeit geleistet, die für die Erfassung und die Durchdringung dieser Themenkomplexe und deren Strukturierung grundlegend waren. Immer wieder konnte in der Kommissionsarbeit hierauf rekuriert werden.

Mit Blick auf die Diskussion der letzten Jahre zum kulturstaatlichen Leitbild möchte ich folgende Grundsätze hervorheben:

1. Von Beginn an war klar, dass es nicht darum gehen konnte, lediglich den Bund als politische Ebene in den Blick zu nehmen. Aufgrund der »Verantwortungsgemeinschaft der öffentlichen Hand« waren die föderalen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland, also Bund, Länder und Kommunen, in die Betrachtung einzubeziehen, weshalb sich die Handlungsempfehlungen an alle drei staatlichen Ebenen richten sollten. Dies entspricht auch dem Leitbild des »Kooperativen Kulturföderalismus«, das sich inzwischen als tragend erwiesen hat (in einer Akzentverschiebung zur früher so stark betonten eher einseitigen »Kulturhoheit der Länder«). Dementsprechend wird in dem Kapitel zur »Kulturellen Infrastruktur«, einem Begriff, der durch den Enquete-Bericht neben der »Kulturellen Grundversorgung« und der »Kulturellen Daseinsvorsorge« zu einem weiteren Leitbegriff der kulturpolitischen Diskussion geworden ist, der öffentliche Auftrag zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur dahin gehend interpretiert, »dass der Kulturstaat Deutschland seine diesbezüglichen Verantwortlichkeiten zu klären und wahrzunehmen hat. Der öffentliche Auftrag mündet daher in einen Kulturgestaltungsauftrag, der aktives staatliches und kommunales Handeln erfordert«.

2. Auch mit Blick auf die Beiträge von Benjamin-Immanuel Hoff und Olaf Zimmermann in diesem Heft sei darauf hingewiesen, dass die Enquete-Kommission ein »Kulturpolitisches Grundmodell« für die Sicherung der kulturellen Infrastruktur in Deutschland entwickelt hat, das darauf abzielt, im Sinne einer »Kulturellen Grundversorgung« Standards zur Qualitätssicherung zu beschreiben, die Basis für eine »aktive Gestaltung von Verantwortungspartnerschaften mit der Gesellschaft« zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages sind. Dieser Ansatz geht über die bisherige Debatte zur Charakterisierung von kulturellen Leistungen als freiwillige Leistung oder Pflichtaufgabe weit hinaus. In diesen Passagen finden sich auch die grundlegenden Gedanken dafür, mit Akteuren in der Zivilgesellschaft und der (Kultur- und Kreativ-) Wirtschaft zu gemeinsamen Lösungen und Abstimmungen zu kommen, um die kulturelle Infrastruktur zu erhalten und auf neue Herausforderungen auszurichten. Das »Aktivieren« der Partner besteht dabei nicht darin, »dirigistisch« vorzugehen, wie Olaf Zimmermann unterstellt (der das Leitbild eines »ermöglichenden Staates« bevorzugt). Aktivierung so verstanden heißt, den Partnern die Möglichkeit zu geben, ihre Potentiale und auch ihren »Freigeist« auszuspielen.
3. Um die damit verbundenen Fragen an die politische Planung und Steuerung auf eine tragfähige Grundlage zu stellen, hat die Enquete-Kommission sich auch intensiv mit Fragen der »Cultural Governance« auseinandergesetzt, ein Kapitel, das bis heute den Rahmen für weitere Diskussionen auch in Kulturwissenschaft und Kulturpolitikforschung bildet. In der Konzeption dieses Grundverständnisses von der Rolle der öffentlichen Hand hat die Enquete-Kommission wegweisende Handlungsempfehlungen zu allen weiteren Themenkomplexen erarbeitet.

Besonders hervorzuheben sind (auch aufgrund des jeweiligen Umfangs) die Kapitel zur sozialen Lage der Künstler, der Kultur- und Kreativwirtschaft und zur Kulturellen Bildung, mit denen die Enquete-Kommission ganz wesentliche Anstöße zu (Kultur-)Politik-Entwicklungen in den letzten

zehn Jahren gegeben hat, man denke nur an die »Bundesinitiative Kultur- und Kreativwirtschaft«, das Programm »Kultur macht stark« oder das Kulturfördergesetz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wie auch den anderen Beiträgen in diesem Heft zu entnehmend ist, ist eine große Zahl der 500 Handlungsempfehlungen aufgegriffen und umgesetzt worden. Gleichwohl wäre es sinnvoll, im Sinne eines »kulturpolitischen Monitorings« einmal systematisch Bilanz zu ziehen, was in diesem Jahrzehnt erreicht wurde, und welche offenen Fragen (auch jenseits der bis dato immer noch nicht in das Grundgesetz aufgenommenen kulturellen Staatszielbestimmung) weiter der Bearbeitung harren. Es wäre sinnvoll, die Wirkung der Kultur-Enquete insgesamt anhand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen vertieft und im Einzelnen zu reflektieren. In ein solches kulturpolitisches Monitoring müsste auch die gravierendste gesellschaftliche und globale Entwicklung reflexiv Einzug halten: Wie gehen wir mit den Erscheinungsformen des digitalen und mentalen Kapitalismus um? Wie sollen Deutschland und Europa darauf reagieren, dass an den Knotenpunkten der digitalen Netzwerke amerikanische und zunehmend auch asiatische private Konzerne die Schaltstellen besetzen und damit zunehmend auch die Macht über die kulturelle Wahrnehmung mit allen Folgen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft übernommen haben. Gerade vor dem Hintergrund dieser aktuellen tiefgreifenden Veränderungen war es von höchster Relevanz, dass die Kultur-Enquete eine weitausgreifende Selbstvergewisserung der Kulturpolitik in Deutschland bewirkt hat.

Die Kultur-Enquete und der Abschlussbericht stellen auch im Rückblick von zehn Jahren das bedeutsamste Dokument in der Geschichte der Kulturpolitik in Deutschland dar. Es würde dem neu gewählten Bundestag gut zu Gesicht stehen, in der neuen Legislaturperiode eine Revision und Reflexion der Kultur-Enquete aus dem Jahr 2007 zu veranlassen, denn Kulturpolitik bedarf als Gesellschaftspolitik einer fortwährenden Neuorientierung. ■

Politik der Unsichtbarkeit

»Die Herstellung von Unsichtbarkeit – also die Politik der Unsichtbarkeit – kann sich die natürliche Unsichtbarkeit zunutze machen. Bewusstes Nichtstun ist die billigste, effektivste und mächtigste Strategie zur Simulation der Beherrschbarkeit unkontrollierbarer Risiken und Katastrophen ungewissen Ausgangs. (...) Solche Praktiken finden sich auch in westlichen Demokratien. Auch hier versagen die für die Risikosteuerung geschaffenen Institutionen, während sie funktionieren. Sie versagen, weil sie keine Idee haben, wie sie mit globalen Risiken umgehen sollen. Und sie funktionieren, insofern sie diese Risiken durch ihre Politik der Unsichtbarkeit routinemäßig vor der Öffentlichkeit verbergen.«

Ulrich Beck: Die Metamorphose der Welt. Berlin: Suhrkamp 2017, S. 134